Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1762. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 58. | Dresden, Freitag den 12. März 1909. | 20. Jahrg.

Aus der Steuerfabrik.

Mit kaum zu begreifender Gleichgültigkeit hat der Schatzsekretär Sydow seit dem November des vorigen Jahres die Sache am Boden schleifen lassen, indem er dadurch gerade den Konservativen und ihren Freunden die Gelegenheit verschaffte, immer wieder gegen direkte Reichssteuern stark zu machen. Da plötzlich scheint er wie zu neuem Leben erwacht zu sein und behauptet steif und fest, er müsse sofort wissen, woran er sei. Klarheit, Wahrheit tue seiner zagen Seele not! Aber sein Jammern und Treiben macht keinen Eindruck, weder auf die Blockbrüder noch auf die Gegner der Regierung. Unter Umgehung von Sydow verhandeln seit drei Tagen die Führer der Blockparteien wieder unausgesetzt mit Bülow über — ein neues Kompromiß, das diesmal die indirekten Steuern zum Gegenstand haben soll. Die geschickte Politik des Schatzsekretärs hat bewirkt, daß tatsächlich auch nicht eine der von der Regierung vorgeschlagenen Steuerarten in nur mit einiger Aussicht auf Erfolg in die zweite Lesung des Reichstagsplenums gebracht werden könnte: in Unter- und Spezialkommissionen werden die Vorlagen vielmehr der Reihe nach seziert, umgeändert, ergänzt, zusammengeflickt wie ein Bettlergewand und schließlich doch noch in den entscheidenden Hauptgraphen abgelehnt. Niemand weiß, was dabei herauskommen wird, niemand „legt sich fest". Wird einmal ein Beschluß gefaßt, dann erklärt die Hälfte der für ihn stimmenden Mehrheit, sie „behalte sich vor", bei einer anderen Gelegenheit auch anders zu stimmen. Tohuwabohu!

Das ganze Treiben der Reichstagsmehrheit muß sittlich empörende Menschen, die sich der Verantwortung von Regierung und Parlament vor dem Volke bewußt sind, auf das tiefste empören. Hier fehlt es an Ernst und innerer Würde, die auch noch den Irrtum adeln. Eine Handvoll jämmerlicher Pfuschmacher maßt sich an, über das Schicksal von Tausenden und Tausenden unserer Volksgenossen Entscheidungen zu treffen, während ihnen in gleichem Maße die Sachkunde und geistliche Reife zur Lösung der Aufgabe fehlen. Man kann diesen Männern in der Tat kaum zu gering denken. Aber die Schwere des Urteils darf sie nicht treffen, ohne daß der mildernden Umstände gedacht wird, die ihnen zugute zu rechnen sind. Was wir jetzt schaudernd miterleben, das sind die natürlichen Folgen der Bülowschen Korruption. Seit Jahr und Tag hat der „leitende Staatsmann", selbst eine Kreatur der Eulenburgischen Kamarilla, nichts weiter getan, als der Zersetzung der bürgerlichen Parteien zugunsten der schwarzblauen Reaktion zu wirken. Als es ihm nicht gelungen war, mit ein paar spielerischen Redensarten die Sozialdemokratie von ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die reaktionäre Regierung abzulocken, benutzte er die Sozialistenfurcht, um erst die knochenweichen Nationalliberalen und dann die Zentrumigen den Agrariern anzugliedern. Das konnte freilich nur gelingen, weil gewisse ökonomische, politische und psychologische Umstände bereits den Nährboden für die Korruption geschaffen hatten. Aber selbst arge Pessimisten hatten beim Beginn der „Blockpolitik" nicht erwartet, daß die Gesinnungslosigkeit unter ihr so geil in die Höhe schießen werde.

Man verhandelt also jetzt, wie gesagt, über ein Kompromiß, das die indirekten Steuern zum Gegenstande hat. Es soll festgelegt werden, wie viel aus der großen Masse herauszuschinden ist, und dann will man für den verbleibenden Rest zum Schein des Gerechten, irgendeine direkte Steuer finden. Der Gang des Geschäftes ist umgekehrt, als wie ihn sich die freisinnigen Mannesseelen aus Furcht vor ihren Wählern ursprünglich gedacht und vorgenommen hatten. Von Etappe zu Etappe haben sie nachgegeben, immer eine Stellung nach der anderen geräumt, und so den Agrariern alle Trümpfe in die Hand gemischt. Wenn es nicht zum Weinen traurig wäre, könnte man das Verhalten der Blocklinken wahrhaftig nur belachen. Man stelle sich nur die Lage vor: die Freisinnigen winseln die Regierung und die Agrarier an: „Gebt uns doch um des Himmels willen eine kleine, eine ganz kleine direkte Steuer — dann wird sich ja alles finden! ... Ist eure Sehnsucht nur gestillt, so soll euer Wille geschehen ... dann geben wir euch die Haut des Volkes preis, aus der ihr Riemen schneiden könnt!" Unbewegt aber stehen die Agrarier auf den Preis für ihr Verbleiben im Block diktierend: erst Erneuerung der Vorrechte für die Schnapsbrenner; dann 100 Millionen Mark neue Biersteuer; dann eine Weinsteuer; dann eine Erhöhung des Kaffeezolls; dann eine Kohlensteuer — zuletzt einen mindestens 400 Mill. Mark Mehrbelastung für das Volk; und endlich — nun ja — eine Anstandssteuer auf den Besitz, am liebsten so gestaltet, daß sie nach Annahme der indirekten Steuern schließlich noch in letzter Stunde ganz abgelehnt wird!

Und das alles ohne das geringste Gefühl für die fürchterlichen Folgen eines solchen Treibens. Ob Arbeiter brotlos werden oder nicht, was kann das so große „patriotische" Geister bekümmern! „Laß sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind." Daß die Lebenshaltung der Masse herabgedrückt, ihr Nahrungsraum verengt, ihre Arbeitsgelegenheit vermindert wird; daß die Kriminalität und die Sterblichkeit wächst, die Leistungsfähigkeit erschüttert, der Kampf ums nackte Dasein grausamer geführt wird: das alles kommt gar nicht in Betracht; und hört man einmal ein sozialdemokratischer Redner darauf hinweist, so glotzt man ihn ganz verständnislos an, oder begnügt sich mit der geistvollen Bemerkung, auf solche Reden subversiver Elemente brauche man nicht zu hören, da die Proletarierpartei ja doch eingestandenermaßen gar nichts bewilligen wolle.

So vergeht ein Tag um den anderen. Sitzung reiht sich an Sitzung, die Kräfte ernst strebender Männer, die wahrlich zu etwas anderem nütze wären, werden sinnlos vertan, und Handel und Wandel im Lande draußen stocken, weil die Industrien nicht aus dem Zustande der Ungewißheit herauskommen. Wieviel Tausende von Tabakarbeitern leiden — um nur diese eine Gruppe herauszugreifen — nicht jetzt mit ihren Familien bitterste Not, da kein Händler kaufen will und kaufen kann, bevor nicht feststeht, ob das Wanderolegesetz angenommen oder abgelehnt werden wird! Aber, wir wiederholen, solche „Kleinigkeiten" genieren die großen Geister nicht, die in Bülows Steuerfabrik die klappernde Mühle drehen.

Die Einsicht, daß ein Ende mit Schrecken dem Schrecken ohne Ende vorzuziehen sei, würde vielleicht auch den Bülowiten, rechts oder links, den Mut ihrer Gewissenlosigkeit schärfen, wenn sie nicht allesamt ganz genau wüßten: es hilft ja doch nichts. Gesetzt den Fall, die 400 bis 500 Millionen Mark neuer Steuern wären dem murrenden Volke mit einer äußerster Kraftanstrengung nun aufgezwungen worden — in zwei oder drei Jahren wäre man genau auf dem alten Fleck! Ohne eine Aenderung des Regierungssystems ist an eine Gesundung der Finanzen nicht zu denken. Heute schöpft man in ein Faß ohne Boden. Aber „Aenderung des Regierungssystems", was bedeutet das? Das ist die bange Frage, auf die die Blockmänner keine Antwort wissen und keine sich zu gestehen wagen. Daher sind sie alle wie gelähmt, und der Verfall des Intellekts in ihren Reihen tritt beinahe noch offenkundiger zutage als die Korruption ihrer Gesinnung.

* * *

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Durch das mißtönende Konzert der Reichsfinanzreform klingt seit einiger Zeit immer stärker ein neues trauriges Motiv. Immer lauter, immer zuversichtlicher spricht man von der **Erhöhung des Kaffeezolls und von der Einführung einer Kohlensteuer.**

Was zunächst den Kaffee betrifft, ist es beinahe überflüssig, zu sagen — weil selbstverständlich —, daß dieses fast unentbehrliche Gebrauchsmittel der breiten Massen schon heute einen ganz ausgiebigen Finanzzoll zu tragen hat. Im Jahre 1907 wirtschaftete das Reich aus dem Kaffee 72 Millionen heraus. Gewiß eine erkleckliche Summe. 44 Proz. des Wertes sind als Finanzzoll an die Reichskasse abzuführen, so daß jetzt schon beinahe ein Drittel des Preises, der im Detailhandel für den Kaffee bezahlt wird, als Steuer an das Reich geht. Bei Finanzzöllen kann natürlich auch nicht im entferntesten davon die Rede sein, daß der Zoll von irgendwem sonst getragen wird als dem Verbraucher. Nun haben Volksgetränke wie Kaffee, Tee, Kakao und kalte alkoholfreie Getränke den außerordentlichen Vorzug, daß sie den schädlicheren alkoholischen Getränken erhebliche Konkurrenz machen, und je mehr sie durch Verbilligung den Massen zugänglich gemacht werden, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie den Alkohol, namentlich den verderblichen Branntwein, zurückdrängen. Haben wir nun gehört, daß die Junker trotz neuer Branntweinsteuern mit ängstlicher Sorge darüber wachen, daß der Verbrauch an Trinkbranntwein nicht zurückgehe — denn die Verbreitung der Schnapspest ist ein nationales, adliges Gewerbe —, so zeigt sich nun die Tendenz, nützliche Volksgetränke zu verteuern, damit sie dem Branntwein als Konkurrenten nicht zu gefährlich werden. Man will den Kaffeeverbrauch in Deutschland — um ein modern gewordenes Wort zu gebrauchen — zwar nicht formell, aber tatsächlich durch Zollerhöhung „kontingentieren". Was soll man nun aber gar dazu sagen, soll man weinen oder lachen, wenn sich nun der freisinnige Fraktionsführer Wiemer in der Finanzkommission des Reichstags hinstellt und aus der Tiefe seiner staatsmännischen Weisheit den goldwaren Satz schöpft, daß eine Besteuerung der alkoholfreien Getränke erwägenswert sei? Es soll also nicht nur der Kaffee bluten, nein, jedes Getränk, dessen Analyse ergibt, daß es schändlicherweise keinen Alkohol enthält, soll sofort in möglichst hohe Steuerstrafe genommen werden. Daß den schnapsbrennenden Junkern eine solche Besteuerung der Mäßigkeit und der Temperenzbewegung sehr sympathisch ist, daß zum Beispiel daher auch die agrarische Deutsche Tageszeitung solche Pläne seit langer Zeit mit Eifer propagiert, kann nicht wundernehmen. Wenn aber der freisinnige Herr Wiemer sich dazu hergibt, den Junkern solche Pläne zu apportieren, so schützt ihn nur seine notorische politische Unbegabtheit vor schlimmerem Verdacht. Man braucht vorläufig noch nicht die Hoffnung aufzugeben, daß eine rasch einsetzende Aufklärungsarbeit die neuen kulturfeindlichen Steuerpläne der Blockleute dahin befördern wird, wo sich ihr berühmtes Kompromiß schon heute befindet.

Von der Kohlensteuer sagen die Propheten jetzt schon, daß sie starke Schwierigkeiten zu überwinden haben werde. Es handelt sich hier auch nicht nur um den kleinen Mann, der, wenn er seine Stube heizen will, zu den Wuchergewinnen, die er dem Kohlensyndikat zu zahlen hat, abendrein noch eine Reichssteuer entrichten soll, sondern es handelt sich hier um die Einführung einer gänzlich neuen Steuer, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat, deren Begriff sogar in der Finanzwissenschaft noch völlig unbekannt ist, nämlich um die Einführung einer allgemeinen Produktionssteuer. Fast zu jeder Art der Produktion ist nach dem gegenwärtigen Stande der Technik der Verbrauch von Kohle notwendig, so daß jeder, der irgend etwas produziert, seien es Kleiderstoffe, Hüte, Nadeln, Gläser oder was immer in der Form der Kohlensteuer eine allgemeine Produktionsabgabe zu bezahlen haben würde. Diese Produktionsabgabe muß selbstverständlich in den Preisen des Produkts selbst zum Ausdruck gelangen, sie belastet nicht den einzelnen Industriellen, sondern die Industrie, die Volkswirtschaft ganz im allgemeinen. Man darf einigermaßen gespannt darauf sein, was die Industriellen, die immer über die Lasten der Sozialpolitik klagen, zu dem Plan einer neuen Belastung der Industrie — diesmal zu gänzlich unproduktiven Zwecken — zu sagen haben werden.

* * *

Berlin, 12. März. Die Nationalzeitung tritt dem in diplomatischen Kreisen aufgetauchtem Gerüchte, daß die Stellung Bülows erschüttert sei, entgegen. „Daran sei kein wahres Wort."

München, 11. März. Gegen die zahlreichen Darlegungen, die in der letzten Zeit über die Stellung zur Reichsfinanzreform verbreitet worden sind, kann auf Grund angeblich zuverlässiger Informationen folgendes mitgeteilt werden: Die bayrische Regierung und mit ihr in erster Linie die anderen süddeutschen Bundesstaaten, vertreten nach wie vor die Forderung einer Nachlaßsteuer weil diese sich am besten mit dem Budgetrecht der Einzelstaaten vereinigen lasse. Ob diese Steuer nun nach der Regierungsvorlage oder in Form eines Ausbaues der Erbschaftssteuer mit Berücksichtigung der Deszendenten und Ehegatten Gesetzeskraft erhalten solle, sei dabei von sekundärer Bedeutung. Der Kompromißantrag Gamp hingegen werde namentlich von den süddeutschen Bundesstaaten entschieden abgelehnt. Im Anschluß an diese Mitteilung ist festzustellen, daß im bayrischen Zentrum neuerdings in der Auffassung der Nachlaßsteuer Differenzen hervortreten. Während Dr. Pichler die Nachlaßsteuer perhorresziert, erklärt sich Dr. Heim, der Führer der demokratischen Gruppe im Zentrum, bedingungsweise dafür. Es ist darum nicht unmöglich, daß wenigstens ein Teil des bayrischen Zentrums zuletzt für die Nachlaßsteuer stimmen wird.

Die serbische Not und das innere Elend.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, 11. März.

-th- Will man nach dem ersten Empfang urteilen, den die serbische Note in der Wiener Presse gefunden hat, so muß man mit Erstaunen feststellen, daß er gar nicht so unfreundlich klingt. An der Note selbst kann es nicht liegen. Sie bringt so wenig als möglich, und wenn man sie als wahrscheinliche Einleitung direkter Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn ankündigen wollte, hiervon sogar das Gegenteil. Denn freilich scheint die Belgrader Regierung den territorialen Konzessionen zu entsagen, ja noch mehr, selbst den wirtschaftlichen und politischen. Allein dieses Mehr ist eben das Weniger, besser ist die Aufhebung des Verzichtes selbst. Der Satz besagt ja nur: Serbien werde unmittelbar von Oesterreich-Ungarn nichts verlangen und darum auch mit dem Gegner nicht in Unterhandlungen treten. Aber was es so aufzugeben scheint, erbittet es vielmehr von der Konferenz, und gibt dieser hierbei sogar einen schiedsrichterlichen Rang. Man bedenke, daß die Note gleichzeitig mit der russischen herausgegeben wird, nach genauer Prüfung durch das russische Auswärtige Amt, also mit dessen Billigung. Man erwäge weiter, daß es seit jeher den strittigen Punkt zwischen Aehrenthal und Iswolski bildet, ob die Konferenz bloß die Resultate vorangegangener Verhandlungen zu registrieren oder ob sie die bosnische Frage als noch unentschiedene, offene zu behandeln hat, daß noch gestern die jetzt vollständig nach Wiener Wünschen gelenkten deutschen Offiziösen die Welt wissen ließen, Oesterreich-Ungarn und zufolgedessen auch Deutschland würden nie auf einer Konferenz erscheinen, die sich ein die richterliches Amt anmaße: und man wird einräumen müssen, daß der Gegensatz beider Gesichtspunkte sich gar nicht schärfer herausstellen konnte als durch die serbische Note, die alles verweigert, was Oesterreich-Ungarn wünscht, und alles wünscht, was Oesterreich-Ungarn verweigert. Fehlte aber etwas zum Verständnis des Textes, so hat es die serbische Regierungspresse genugtuend ergänzt, indem sie von einem „geschickten Ausweichen" spricht, eine ähnliche Erwiderung auf das Einschreiten des Grafen Forgach voraussagt, überdies aber das Angebot Oesterreich-Ungarns, die Wiederherstellung des Handelsvertrags als eine Art von Konzession anzusehen, mit den unmißverständlichen Worten abfertigt: das sei ein Akt des politischen Zynismus.

In dem allen nun eine Hinneigung zur Politik der Versöhnung zu erblicken, erfordert gewiß scharfe Augen. Dennoch bringen es die meisten Wiener Blätter zuwege, und es sind zum Teil dieselben, die vor 14 Tagen, wo Serbien nur mit etwas anderen Worten das nämliche sagte wie heute, mit Okkupation und Strafexpedition säbelrasselnd drohten. Da darf man sich billig wundern und fragen, ob diese hysterische und von einem Ende zum andern wankende Politik, die Europas Unbehagen vermehrt, nicht etwa morgen schon mit nervösem Wutgeschrei hervorbrechen wird? Oder wissen die Herren um mündliche Zusagen, die begütigender lauten? Halten sie sich versichert, daß Milovanovitsch und mit ihm Iswolski bloß eine Komödie aufführen, das serbische Volk zu besänftigen? Allerdings könnte man noch an eine dritte Möglichkeit denken, wiederspräche es nicht allen Traditionen unserer auswärtigen Politik, sich um die Vorgänge im Innern zu kümmern. Denn in der Tat, die staatlichen Zustände Oesterreichs sowie Ungarns wären gar sehr geeignet, Bescheidenheit und Vorsicht zu lehren. In Ungarn ballen sich die Wolken zu schweren Krisen zusammen, in Oesterreich hat die Fortdauer des inneren Haders das Parlament bis zur tödlichen Schwäche erschöpft. Die Obstruktion, dieses unausrottbare Uebel, will aus der geschlossenen Opposition des slawischen Verbandes wieder hervorbrechen. Dazu kommt die völlige Unfähigkeit des Ministeriums, welches mit dem Hause nichts anzufangen weiß und am liebsten es verabschieden möchte, um ohne Verfassung zu regieren. Eine hübsche Einleitung ist schon gemacht in der gesetzlosen Herausgabe von Schatzscheinen zur Deckung der außerordentlichen Rüstungen. Nun aber weiß niemand, ob das Parlament fähig sein wird, die Rekrutenvorlage zu erledigen, und die Annexion, über die keine Konferenz der Welt urteilen soll, ist auch noch nicht im

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090312/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG